

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau
Abschlußtermin dieses Berichts: 15. November 1972 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 17,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).
Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Nr. 4/1972 Dezember

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Immer massiver üben die maßgeblichen Unternehmerverbände Druck auf die Gewerkschaften aus, auf eine aktive Einkommenspolitik um einer vorgeblichen Stabilität willen zu verzichten. Die inflationäre Krise wird ursächlich allein denen angelastet, die für die Preise überhaupt nicht verantwortlich sind: den abhängig Beschäftigten. Löhne und Gehälter werden mit dem wachsenden Geldüberhang ineingesetzt, obwohl das Finanzgebahren von Unternehmen und Staat die einzige Quelle permanenter Geldschöpfung ist.

75 Prozent der im 1. Hj. 1972 gewährten Kredite in Höhe von 60 Mrd. DM wurden von Unternehmen aufgenommen, das waren 45 Mrd. DM. Dagegen umfaßten die um + 10,5 Prozent gestiegenen Nettolöhne und -gehälter im gleichen Zeitraum (gegenüber dem 1. Hj. 1971) lediglich 14 Mrd. DM. Während diese Einkommen aber Güter und Dienstleistungen kauften, verstärkten die Kredite an Unternehmen deren eigene Finanzkraft, um später mit entwertetem Geld Sachvermögen bilden zu können. Den 45 Mrd. DM entsprachen keine gleich großen Gütermengen, sie erweiterten künstlich die Geldseite.

Über welche Finanzmassen die Unternehmen in der BRD weiter verfügen, die über den Bankenapparat das Geldvolumen noch steigern, zeigt die im 1. Hj. 1972 erwirtschaftete Summe von 74,1 Mrd. DM, die als eigene Finanzierungsmittel, gleich vorenthaltenem Lohn, fungieren, nachdem die Privatentnahmen der sog. Selbständigen in Höhe von 50,7 Mrd. DM von der gesamten Profitsumme bereits abgezogen worden sind.

Daß in der strukturellen Verteilungsschiefe zugunsten der Unter-

nehmen die inflationäre Krise ebenso wie die immer noch stotternde Produktionsentwicklung begründet liegt, beweist die 1972 in der verarbeitenden Industrie zum Erliegen gekommene Investitionstätigkeit (—4 Prozent gegenüber 1971). Dadurch wurde zwar die Selbstfinanzierungsquote in den Unternehmen auf 77,7 Prozent (eigene Mittel im Verhältnis zu den Bruttoanlageinvestitionen) gesteigert, aber eben damit eine enorme Geldmenge freigesetzt, die nicht dem privaten Verbrauch zur Verfügung stand.

Hinzu kommt die geldmengensteigernde Wirkung von Rüstungsaufträgen. Durch sie fallen Gewinne aus Investitionen an, deren Güterausstoß nicht verbrauchsfähig ist, während sich das Geld im Bankensystem „vermehrte“.

Schließlich wurde vom Januar bis September ein im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum um 1,4 Mrd. DM höherer Exportüberschuß von 13 Mrd. DM erzielt, was den Geldüberhang zusätzlich ausweitete.

In den nächsten Monaten ist ein Ende der Inflation nicht zu erwarten. Die Produktivität wird aufgrund der real um höchstens + 2 Prozent größeren Bestelleingänge in der Industrie im Durchschnitt der Monate Juli bis September gegenüber dem Vorjahresquartal die überflüssige Geldmenge nicht decken können. Die Produktivität würde erst dann steigen, wenn sich die Gewerkschaften zu einer aktiven Lohnpolitik schon in den anstehenden Verhandlungen der IG Metall und ÖTV entschließen würden, und das heißt: mindestens + 12 Prozent effektive Lohn- und Gehaltanhebungen, um über eine vermehrte Nachfrage die Produktion anzuregen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Altersrenten

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Nach wie vor zeichnet sich in der BRD keine grundlegende Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ab. Die Bemühungen, im Rahmen der EWG die Inflation zu bewältigen, stoßen an enge Grenzen, die durch unterschiedliche Entwicklungen in den übrigen Ländern der EWG markiert sind. Aus politischen Gründen, vor allem aus denen der Kampfbereitschaft der Arbeiterorganisationen, ist z. B. in Frankreich und Italien der Weg einer drastischen Reallohnsenkung oder erhöhten Arbeitslosigkeit um einer Scheinstabilität willen nicht gangbar.

Dagegen läßt in der BRD der Druck auf die Gewerkschaften nicht ab, ausschließlich die Folgen der Krise zu tragen, nachdem sich Staat und Monopole nicht bereit zeigen, die von ihnen in Gang gesetzte Inflation zu stoppen. In einer gemeinsamen Aktion wollen sie ihre Machtmittel einsetzen, um zwar die Abhängigeneinkommen, nicht aber die Unternehmergewinne einzufrieren.

Der erste Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität läge jedoch in der Verhinderung ungeheimter Profitmaximierung; der zweite bestünde in einer sofortigen Kürzung des Rüstungshaushalts um den Betrag, der die geplante Verschuldung des Bundes ausmacht, das wären zwischen 5 und 6 Mrd. DM. Die Infrastrukturetats brauchten dann keine Kürzung zu erfahren.

Solange nicht auf diese Weise die Inflation bekämpft wird, droht in wachsendem Maße ihre Bereinigung durch Arbeitslosigkeit im Zuge von Kapitalstillegungen und Kapitalvernichtung. Denn: über 1973 hinaus ist Stagnation, verbunden mit Inflation bei veränderter Realeinkommensteigerung der abhängig Beschäftigten nicht durchzuhalten, da der eingeeengte Binnenabsatz die Rentabilität der bereits getätigten Investitionen tendenziell absinken läßt.

Von daher könnte allein durch verstärkte Kampfbereitschaft der Gewerkschaften, keine Minderung der Realeinkommen und keine Arbeitslosigkeit zuzulassen, zunächst der Staat gezwungen werden, rasch seine Haushaltspolitik umzustellen, die Rüstungsausgaben zu bescheiden und die Investitionstätigkeit im Infrastrukturbereich zu beleben.

Das Ausmaß der Gefahr, daß die Inflation ihre Fortsetzung in Stagnation und anschließender Arbeitslosigkeit findet, zeigen die Globaldaten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an, wie sie von der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute bis Mitte 1973 veranschlagt werden.

Verwendung des Sozialprodukts — Prozent-Zunahme in Preisen von 1962

	1972		1973
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
Privater Verbrauch	4,0	3	3,5
Staatsverbrauch	4,1	4	3,5
Anlageinvestitionen	3,2	3,5	3,5

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1972, Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

Hierzu muß korrigierend erwähnt werden, daß selbst die minimale Anhebung des privaten Verbrauchs um 0,5 Prozent nur infolge von Realeinkommensteigerungen eintreten könnte. Wie notwendig gerade eine aktive Lohnpolitik bleibt, ergibt sich aus der Preisprognose.

Prozent-Zunahme des Preisniveaus der Verwendung des Sozialprodukts (1962 = 100)

	1972	1973
	1. Hj.	1. Hj.
Privater Verbrauch	5,3	6
Staatsverbrauch	8,6	9,5
Anlageinvestitionen	4,0	4

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft)

Nicht für die abhängig Beschäftigten, sondern für die Unternehmen gilt die Forderung, die Produktivitätsentwicklung als Maßstab ihrer monetären Wünsche strikt zu beachten: die Kreditaufnahme öffentlicher und privater Haushalte sowie Unternehmen ohne Banken, Versicherungen und Bauparkassen belief sich im 1. Hj. 1972 auf 60 Mrd. DM. Sie übertraf damit um 8 Mrd. DM (= +16 Prozent) das Ergebnis im 1. Hj. 1971. 60 Mrd. DM entsprachen 15,5 Prozent des nominalen Sozialprodukts, das lediglich um +9,1 Prozent stieg. Damit wurde die Vorjahresrelation im gleichen Zeitraum um 1 Prozent überboten.

Von der Gesamtsumme entfielen 80 Prozent auf die Unternehmen. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1972, S. 45 f.)

Um das Gewicht dieser Geldvermehrung im Vergleich zur Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten zu verdeutlichen: die um +10,5 Prozent gestiegenen Nettoeinkommen im 1. Hj. 1972 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum beliefen sich nur auf +14 Mrd. DM, womit sich die Frage nach den Ursachen des Geldüberhangs von selbst beantworten dürfte.

Ein Blick auf die Veränderungsdaten des Sozialprodukts insgesamt läßt das Ausmaß der Inflation in der BRD erkennen und macht klar, daß die Krise u. U. in den güterwirtschaftlichen Bereich übergreifen könnte.

	In	Preisen	In	Preisen	von 1962
	BSP	NSP zu	BSP	NSP zu	Marktpr.
1971, 1. Hj.	+ 12,1	+ 11,8	+ 4,2	+ 3,9	
2. Hj.	+ 9,4	+ 9,0	+ 1,5	+ 0,8	
1972, 1. Hj.	+ 9,1	+ 9,0	+ 2,2	+ 1,5	

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 479)

Danach ergab sich im 1. Hj. 1972 beim BSP eine Inflationsmarke von +6,9 Prozent, beim NSP zu Marktpreisen eine von +7,5 Prozent.

Die Vorausschau auf die volkswirtschaftlichen Globaldaten bis zum 1. Hj. 1973 zeigt weiterhin ein schwaches Entwicklungstempo bei steigenden Preisen an. Privater und Staatsverbrauch sowie Anlageinvestitionen werden höchstens auf dem Stand des 2. Hj. 1972 beharren. Eine Anhebung des privaten Verbrauchs wäre nur durch Realeinkommensteigerungen möglich, da eine Preissenkung ausgeschlossen wird. Stabilität ist allein durch rasche Änderung der staatlichen Haushaltspolitik und rigorose Einschränkung der unternehmerischen Kreditaufnahme auf das Maß realer Produktivitätssteigerung erreichbar: Abbau der Rüstungsausgaben um den Betrag geplanter Schuldenaufnahme (5—6 Mrd. DM), Abbau des kreditgespelten Geldüberhangs in Höhe von 15,5 Prozent des nominalen Sozialprodukts im 1. Hj. 1972 = 60 Mrd. DM, wogegen die Nettolöhne und -gehälter nur um 14 Mrd. DM zunahmen. Preiskomponente des BSP im 1. Hj. 1972 +6,9 Prozent, des NSP zu Marktpreisen um +7,5 Prozent.

1.2 Industrieproduktion

Auch im 3. Vj. 1972 hatte die Industrieproduktion noch nicht das Wachstum erreicht, um von einem eindeutigen Konjunkturaufschwung sprechen zu können. Zwar ist eine Aufwärtsbewegung seit der Jahreswende 1971/72 unverkennbar, doch läuft sie sehr verhalten an, wie dies im übrigen der Situation auf dem Arbeitsmarkt entspricht (s. Kzf. 1.5). Mit +2,9 Prozent erhöhtem Ausstoß im Vergleich zum 3. Vj. 1971 konnte von Juli bis September d. J. fast an die Produktivität des 1. Vj. 1971 angeknüpft werden.

Veränderung der Industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1971				1972		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
+ 3,0	+ 2,1	+ 0,8	— 0,0	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,8

(Quelle: INFO 2/1972, S. 2; Wirtschaft u. Statistik, 10/1972, S. 588; DMWP Tagesnachrichten 8. 11. 72)

Die Veränderung des Nettoproduktionsindex von Juli bis September 1972 verlief wie folgt:

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Veränd. geg. d. Vorj. in %	
	1971	1972	(gesamte Ind.) 1971	1972
Juli	151,2	153,7	+ 2,8	+ 1,7
August	139,6	143,6	- 1,8	+ 2,9
September	162,0	168	+ 2,6	+ 3,7

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1972, S. 85*; BMWF Tagesnachrichten, 8. 11. 72)

Differenziert man nach Industriesparten, so zeigt sich die Investitionsgüterindustrie noch immer als schwächster Bereich. Nachdem im Juli mit -2,8 Prozent gegenüber Juli 1971 sogar ein absoluter Rückgang der Ausbringung erfolgte, setzte im August mit +3,3 Prozent ein leichter Aufschwung ein, der im September (-0,9 Prozent) indes nicht gehalten werden konnte.

Im gleichen Quartal erzielte die Verbrauchsgüterbranche — wie im Vorjahr — erneut die höchsten Ausstoßraten (+ 6,1, + 3,5, + 9,1 Juli—September).

Besser als im Vorjahr hielt sich die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, wie der Überblick zeigt:

Nettoproduktionsindex (1962 = 100)

	Investitionsgüterind.		Verbrauchsgüterind.		Grundstoff- und Prod.-güterind.	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
Juli	148	144	136	144	180	188
August	122	126	130	134	174	181
September	169	159	158	172	185	197

Veränderung in Prozent geg. d. Vorj.

Juli	+ 3,0	- 2,8	+ 4,9	+ 6,1	+ 0,6	+ 4,0
August	- 7,0	+ 3,6	+ 1,2	+ 3,5	- 0,8	+ 3,9
September	+ 0,7	- 0,9	+ 4,2	+ 9,1	+ 2,3	+ 6,5

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1972, S. 85*; BMWF Tagesnachrichten, 8. 11. 72)

Im einzelnen ist bemerkenswert, daß im August d.J. im Investitionsgüterbereich der Maschinenbau mit -3,7 Prozent, darunter der für die Produktionsgüterindustrie -17,4 Prozent, gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat weit unter dem Monatsdurchschnitt von +3,6 Prozent blieb.

Innerhalb der Verbrauchsgüterbranche ging im gleichen Monat im Vorjahresvergleich der Ausstoß in der Schuhindustrie um -5,3, Textilindustrie um -2,2 und Bekleidungsindustrie um -3,4 Prozent zurück. (Angaben nach BMWF Monatsbericht, 10/72, I)

Beim Vergleich der gesamten Nettoproduktion im 2. Vj. 1972 zum Vorjahreszeitraum und zum Vorvierteljahr fällt eine durchgehende Belebung (+ 2,3 bzw. + 8,3 Prozent) auf, wenn auch im Verhältnis zum Vorjahreszeitraum der Anstieg — wie dargelegt — mäßig blieb.

Die Produktion ging zurück im Kohlenbergbau um -10,7, der Maschinenbau um -6,6 und der Straßenfahrzeugbau um -4,1 Prozent.

Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100)

	1972	1972	Veränd. 1. % gegenüber dem	
	1. Vj.	2. Vj.	1. Vj. 1972	2. Vj. 1971
Industrie, insg.	158,5	171,7	+ 8,3	+ 2,3
Kohlenbergbau	77,6	78,1	+ 0,6	- 10,7
Eisenschaff. Ind.	129,5	145,4	+ 12,3	+ 5,3
Chemische Ind.	254,1	268,4	+ 5,6	+ 5,3
Maschinenbau	125,4	134,8	+ 7,5	- 6,6
Straßenfahrzeugb.	183,1	198,8	+ 8,6	- 4,1
Elektrotechn. Ind.	194,7	212,4	+ 9,1	+ 6,4
Textilind.	144,5	149,6	+ 3,5	+ 1,2
Ernährungsind.	132,9	145,4	+ 9,4	+ 1,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 518* I; INFO 4/71, S. 2)

Ob die leichte Aufschwungstendenz bis über den Jahreswechsel anhält, darüber gibt die Entwicklung der Auftrags-eingänge gewissen Aufschluß. Nominal stiegen sie von Juli

bis September d. J. gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum durchschnittlich um + 5,0 Prozent, real dagegen höchstens um + 2 Prozent, da die laufende Preissteigerungsrate berücksichtigt werden muß.

Von Monat zu Monat war der Zuwachs recht unterschiedlich: Juli + 0,4, August + 9,2, September + 5,6 Prozent. Die durch Auftragsbestände gesicherte Produktion umfaßte im September 3,1 Monate. (ifo Schnelldienst, 25. 10. 72, S. 1)

Index der industriellen Auftragsgänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, öffentliche Energie-wirtschaft) 1970 = 100

	Auftragsgangindex		Veränd. 1. Prozent gegenüber dem Vormonat		
	1971	1972	1972	1971	1972
Juli	101	102	- 9,7	+ 1,9	+ 0,4
August	92	100	- 2,0	+ 3,3	+ 9,2
September	107	113	+ 13,0	+ 2,1	+ 5,6

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 7. 11. 72; BMWF Monatsbericht 9/72, II a)

Aufgeschlüsselt nach Industriezweigen ergab sich ein interproportionaler Zugang der Bestellungen im Durchschnitt der Monate Juli bis September 1972 gegenüber Juli/September 1971 bei der Investitionsgüterindustrie mit + 3,6 Prozent, während bei der Grundstoffindustrie + 5,3 und bei der Verbrauchsgüterindustrie + 7,4 Prozent, jeweils nominal, notiert wurden.

Was die Umsätze in der Industrie anbetrifft, so vermittelt der Vormonatvergleich ein besseres Bild über den gegenwärtigen Zustand als die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, da hierbei wieder der Preisauftrieb in Ansatz gebracht werden müßte. Zum Vormonat waren Gesamt- wie Auslandsumsatz von Juni bis August d.J. Schwankungen unterworfen wie bereits während des Frühjahrs; der Trend deutete indes noch auf einen stockenden Absatz hin: Gesamtumsatz Juni + 4,1, Juli - 9,8, August + 0,9 Prozent; Auslandsumsatz + 4,4, - 9,4, - 1,5 Prozent. Stellt man diesen Werten die Produktionsziffern entgegen, besonders die Zunahmen im 2. Vj. zum 1. Vj. 1972, dann läßt sich daraus schließen, daß in der Industrie insgesamt vielfach noch auf Lager produziert wurde.

	Umsatzverändg. i. Prozent gegenüber dem Vormonat		Umsatz gegenüber dem Vorjahr	
	Gesamt- umsatz	Auslands- umsatz	Gesamt- umsatz	Auslands- umsatz
Juni	+ 4,1	+ 4,4	+ 5,9	+ 6,1
Juli	- 9,8	- 9,4	- 0,8	- 1,7
August	+ 0,9	- 1,5	+ 11,5	+ 16,4

(Quelle: BMWF Monatsbericht, 8/72, III b; 9/72, III b/ 10/72, III b)

Anstieg der Industrieproduktion insg. im 3. Vj. 1972 zum 3. Vj. 1971 + 2,9 Prozent. Schwächster Bereich blieb noch immer die Investitionsgüterindustrie: Juli - 2,8, August + 3,6, September - 0,9 Prozent. Die höchste Ausbringung verzeichnete die Verbrauchsgüterindustrie mit + 6,1, + 3,5, + 9,1 Prozent im gleichen Zeitraum. Innerhalb des Investitionsgüterbereiches hatte der Maschinenbau den geringsten Ausstoß: August 1972/August 1971 - 3,7 Prozent; im Verbrauchsgütersektor war die Produktion der Schuh-, Textil- und Bekleidungsindustrie rückläufig. Die Auftragsgänge stiegen von Juli bis September 1972 zum Vorjahresquartal nominal um + 5, real um + 2 Prozent, wobei ebenfalls die Investitionsgüterindustrie mit nominal + 3,6 Prozent unter dem Durchschnitt blieb. Produktionsdauer nach Bestellungen 3,1 Monate. Die Umsatzentwicklung im Vormonatvergleich war von Juni bis August d. J. im ganzen gesehen, schwach: Gesamtumsatz + 4,1, - 9,8, + 0,9 Prozent. Im Vergleich zur Produktionsausdehnung läßt dies darauf schließen, daß noch vorwiegend die Lagerhaltung verstärkt wurde.

1.3 Außenwirtschaft

Der Exportüberhang der BRD hält unvermindert an, damit der des inflationär wirkenden Geldvolumens. Im August d. J. belief sich der Überschuß der Ausfuhren über die Einfuhren auf 1,3 Mrd. DM, im September auf 1,6 Mrd. DM.

Von Januar bis September 1972 wurde damit für 13 Mrd. DM mehr aus- als eingeführt, das waren ca. 1,4 Mrd. DM mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die Kapitalbilanz wies von Januar bis September 1972 ein Einfuhrplus von 10 Mrd. DM auf (Januar/September 1971 2 Mrd.)

Handels- und Kapitalbilanzsaldo (In Mrd. DM)

	Januar bis September 1971	September 1972
Handelsbilanz	+ 11,6	+ 13,0
Kapitalbilanz (+ Kapalexport)	+ 2,2	+ 10,2
darunter:		
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 5,4	+ 13,1
Kurzfristiger Kapitalverkehr	- 3,2	- 2,9

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 9. 11. 72)

Zur Zeit ist eine Beruhigung der BRD-Währungslage eingetreten, wird die Betrachtung allein auf den Spekulationsaspekt abgestellt. Langfristiges Kapital strömte im August nur um knapp 0,6 Mrd. DM, im September um 0,1 Mrd. DM in die BRD ein, dagegen im Juni noch in Höhe von 3,3 Mrd., im Juli von 1,7 Mrd. DM.

Im September d. J. erfolgte eine Abnahme der BRD-Währungsreserven um 0,8 Mrd. DM, was auf eine momentane Festigung des US-Dollars gegenüber der D-Mark zurückzuführen ist. Dennoch hat sich auf längere Sicht an der labilen Währungssituation nichts Grundlegendes geändert. 0,8 Mrd. DM weniger entlasten den horrenden Reservebestand von netto 77,6 Mrd. DM (September 1972) überhaupt nicht; die US-Dollaranlagen von weiterhin fast 54 Mrd. DM stellen unvermindert die Ruhe an der Währungsfront in Frage.

Die Debatte um eine abermalige Aufwertung ist nur verlagert; daran ändert auch die abgeschwächte Kapitalzufuhr aufgrund der Auswirkungen des § 23 Außenwirtschaftsgesetz (Genehmigungspflicht von Wertpapiertransaktionen festverzinslicher Papiere) und die Bardepotpflicht bei Kreditaufnahme im Ausland (50 Prozent müssen zinslos deponiert werden) nichts, solange nicht sämtliche Anlagemöglichkeiten wie Aktien oder Investmentzertifikate kontrolliert werden.

Die währungspolitischen Zeitzünder sind sowohl in der BRD als auch in den USA keineswegs entschärft, im Gegenteil. Erstens: auch nach einer Beendigung des Vietnamkrieges ist keine Beschränkung der Rüstungsausgaben in den USA zu erwarten. Aufgrund dessen sind weitere politische und wirtschaftliche Konflikte im Weltmaßstab vorgezeichnet.

Zweitens: da eine Verminderung des expansiven BRD-Exports auch im nächsten Jahr nicht vorgenommen wird, bleibt die Voraussetzung einer Korrektur der aktiven Handelsbilanz durch Aufwertung unverrückbar bestehen.

Daß sich die internationale Spekulation darauf einrichtet, beweist der minimale Dollarabfluß.

Wie immer dürfte einer Aufwertung erst ein Phase relativ hohen Dollarzustroms vorausgehen, somit jedes binnenwirtschaftliche Stabilitätskonzept durchkreuzen, wenn die sog. außenwirtschaftliche Absicherung nicht auf einer Dollareinfuhrsperrre basiert.

Aufwertung würde aber bedeuten, daß die BRD weiterhin die rüstungsgesteuerte USA-Politik indirekt finanziert.

Im beschränkten Rahmen stützt die BRD derzeit auch ohne Änderung der Währungsparitäten den Dollar, indem sie sich im Zuge von Vereinbarungen über die Gewährung von Notenbankkrediten an die USA im Gesamtumfang von fast 12 Mrd. Dollar (ca. 40 Mrd. DM) mit 1 Mrd. Dollar beteiligt. Mit anderen Worten: die BRD trägt — neben anderen kapitalistischen Ländern — die Kosten für eine verhältnismäßig kurzfristige Zurückdrängung der Spekulation, die USA als Hauptquelle der Spekulation ändern ihre Politik dagegen

nur durch Verlagerung der Schwerpunkte ihrer Dollarexpansion.

Bei unvermindertem Exportüberschuß in Höhe von 13 Mrd. DM Januar bis September d. J. (+ 1,4 Mrd. gegenüber Jan.-Sept. 1971) zeigte die Kapitalbilanz nach Einführung der Kontrolle nach § 23 Außenwirtschaftsgesetz sowie der Bardepotpflicht eine Tendenzwende, da langfristiges Kapital nur noch um knapp 0,6 Mrd. (August) und 0,1 Mrd. DM (September) einströmte. Allerdings blieb der Devisenbestand immer noch auf über 77 Mrd. DM, davon 54 Mrd. in Dollaranlagen. Langfristig ist damit erneute Währungsunruhe vorprogrammiert: aufgrund der aktiven Zahlungsbilanz der BRD dürfte auf Aufwertung gedrängt werden.

1.4 Investitionen

Das Gutachten der Arbeitsgemeinschaft (s. Kzf. 1.1) zur Wirtschaftslage im Herbst 1972 geht, vorausschauend, nur von einer relativ geringen Ausweitung der Industrieinvestitionen aus. (S. 10) Der ifo-Investitionstest prognostiziert eine bei laufenden Preisen um + 6 Prozent höhere Wachstumsrate der Anlagen in der verarbeitenden Industrie. Real schätzt das ifo-Institut den Zuwachs auf + 3—4 Prozent. Dies dürfte jedoch angesichts einer Zunahme der Inflation im kommenden Halbjahr eine zu optimistische Annahme sein; denn im Konjunkturtest des Instituts vom Herbst 1972 wird für den Investitionsgüterbereich in den nächsten Monaten von einem leichten Trend der Preise nach oben gesprochen. Nach dem Gutachten der Arbeitsgemeinschaft ist für das 1. Hj. 1973 mit einem Preisauftrieb für Anlageinvestitionen von mindestens + 4 Prozent zu rechnen.

Das ifo-Institut nimmt folgende Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in der verarbeitenden Industrie an:

	In Mrd. DM 1971	Wachstumsraten 1971	1972	1973
Verarbeitende Industrie	35,7	+ 2	- 4	+ 6
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüter	14,3	+ 7	- 8	+ 1
Investitionsgüter	12,9	- 2	- 7	+ 8
Verbrauchsgüter	5,1	- 4	+ 3	+ 14
Nahrungs- und Genußmittel	3,4	+ 5	+ 10	+ 3

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 44/1. 11. 72, S. 4)

Den Prognosen hinsichtlich einer Investitionsbelegung steht indes die Konjunkturbeurteilung der Industrie bis zum Frühjahr 1973 entgegen. Danach hält gerade der Investitionsgütersektor die Situation immer noch für unbefriedigend: „Die Auftragseingänge waren eher rückläufig, die Produktionstätigkeit blieb ohne Impulse.“ (ifo Schnelldienst, 43/25. 10. 72, S. 3) Am skeptischsten zeigt sich erneut die Maschinenbaubranche. Hier wurde die seit langem stagnierende Produktion noch nicht überwunden. Die Sparte Elektrotechnik meldete demgegenüber ein Anhalten ihrer günstigen Geschäftslage.

Ob eine Investitionsbelegung der privaten Industrie einen kräftigen realen Wirtschaftsaufschwung einleiten könnte, hängt jedoch zum einen vom wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung, zum anderen von der gewerkschaftlichen Lohnpolitik ab. Sie vor allem vermag im Zuge ihrer Aktivierung der Verbrauchsgüterindustrie die Anstöße zu geben, die für ein höheres Investitionsvolumen als die insgesamt geplanten + 3—4 Prozent (real) für 1973 erforderlich sind. Allgemein ist zu sagen: Lassen sich die Gewerkschaften zu einem Druck auf die Realeinkommen zwingen, ohne daß der inflationäre Auftrieb beendet wird, dann stoßen Erweiterungsinvestitionen für die Binnenmarktproduktion ins Leere. Nur massive Exporte könnten kompensierend wirken mit allen außenwirtschaftlichen Konsequenzen (siehe Kzf. 1.3).

Es würde den Interessen der abhängig Beschäftigten jedoch verhältnismäßig am besten entsprechen, dehnte der Staat seine Infrastrukturinvestitionen sichtbar über den Stand von 1971 (nominal + 14,4 Prozent) aus mit einer kontinuierlichen

Zuwachsrate für die folgenden Jahre im Rahmen der mittel-
fristigen Finanzplanung. Zudem sollte die organisierte Arbeit-
terklasse auf gesetzliche Regelungen drängen, um die Unter-
nehmen durch die öffentliche Hand zu zwingen, künftig eine
mit dem Staat abgestimmte Investitionstätigkeit vorzuneh-
men, um Ausschläge des Zyklus wie im Boom 1969 bis 1971
mit anschließender unvermittelter Einschränkung zu ver-
hindern.

Würden, wie die Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissen-
schaftlicher Forschungsinstitute annimmt, die staatlichen
Nettoinvestitionen in jeweiligen Preisen 1973 gegenüber 1972
um bloße 10 Prozent heraufgesetzt, so liefe dies auf eine
wirtschaftspolitische Kapitulation vor den privaten Unter-
nehmen heraus, die dann autonom und unkontrolliert über
die künftige wirtschaftliche Entwicklung in der BRD ent-
scheiden könnten.

Das prognostizierte Investitionsvolumen in der verarbeiteten
Industrie von nominal + 6 Prozent im kommenden Jahr
signalisiert in dieser Hinsicht die Neigung, in der Stagna-
tionsphase zu verharren.

1.5 Beschäftigung

Im Oktober d. J. hat sich im Vorjahresvergleich die Arbeits-
losigkeit um + 26,3 Prozent erhöht. Mit rd. 215 000 Arbeits-
losen, 44 800 mehr als im Oktober 1971 und ca. 20 000 mehr
als im Vormonat, errechnete sich eine Arbeitslosenquote von
1 Prozent.

	Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)					
	Arbeitslose (I)		Offene Stellen (II)		Differenz (II)-(I)	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
August	146	198	693	596	547	398
September	147	195	645	594	498	399
Oktober	170	215	570	558	400	343

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/72, S. 571; Handelsblatt 8. 11. 72)

Regional hatten die Bezirke Niedersachsen-Bremen (+ 12 700
= + 41,2 Prozent) und NRW (+ 19 900 = 38,5 Prozent) über-
durchschnittliche Arbeitslosenquoten zu verzeichnen.

Die Zahl der offenen Stellen fiel um - 5,9 Prozent gegen-
über 1971 (= 35 200) auf rd. 558 000 ab. Insofern ging auch
die Differenz zwischen der Zahl offener Stellen und der der
Arbeitslosen um ca. - 14 Prozent im Vergleich zum Oktober
1971 zurück.

Die Arbeitsmarktsituation spiegelt damit die konjunkturelle
Schwäche in diesen Monaten wider. Nach der Reichweite der
Aufträge in der Industrie zu urteilen (s. Kzf. 1.2), dürfte
im kommenden Quartal keine schnelle Besserung am Arbeits-
markt eintreten.

Einen Rückgang verzeichneten allerdings die Kurzarbeiter-
zahlen, und zwar gegenüber Juli d. J. um 6000 auf 16 000 im
Oktober.

Die seit Beginn dieses Jahres zu beobachtende verstärkte
Tendenz einer Abnahme der Industriebeschäftigung setzte
sich bis August fort, ja, sie verstärkte sich noch im Ver-
gleich zum Frühjahr nicht unerheblich. (INFO 3/72, S. 5)
Diese Entwicklung verläuft parallel mit der auf dem Arbeits-
markt.

	Industriebeschäftigung*		darunter Arbeiter	
	In Mio. Abnahme geg. d. Vorj. i. %	Insg. d. Abnahme geg. d. Vorj. i. %	In Mio. Abnahme geg. d. Vorj. i. %	Insg. d. Abnahme geg. d. Vorj. i. %
1971	8,5	- 1,2	6,3	- 3,1
1971, Aug.	8,6	- 1,1	6,4	- 1,5
1972, Aug.	8,3	- 3,5	6,1	- 4,7

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1971, S. 11; 10/1972, S. 582; Arbeits-
und sozialstatistische Mitteilungen, 9/1972, S. 300)

* ohne Bauland-, Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke; Betriebe mit 10 u. m.
Beschäftigte

Nach im August 1971 die Zahl der Industriebeschäftigten nur
um - 1,1 Prozent zum Vorjahr ab, so im August d. J. schon
um - 3,5 Prozent.

Der überproportionale Rückgang der Industriearbeiter hielt
gleichfalls an. Im Jahresdurchschnitt 1971 - 3,1 Prozent
gegenüber 1970, im August 1971 - 1,5 Prozent und im Au-
gust 1972 verdreifachte sich die negative Rate auf - 4,7 Pro-
zent.

Mit einer Tendenzwende ist in nächster Zeit nicht zu rech-
nen, da die Industrie mit Kapazitätserweiterungen zurück-
haltend ist. Die Verringerung der Industriearbeiterzahlen
ist das Ergebnis zunehmender Rationalisierung, die als
Investitionsziel von den Unternehmen schon seit längerem
in den Vordergrund gerückt wurde. Dadurch haben sich ihre
Kosten- und Ertragsverhältnisse gebessert (s. Kzf. 2.1), was
jedoch keinerlei Auswirkungen auf die Preise hatte.

Anstieg der Arbeitslosigkeit im Oktober 1972 zu Oktober
1971 um + 26,3 Prozent = + 44 800. Arbeitslosenquote
erreichte damit 1 Prozent. Schwerpunkte der Arbeitslosig-
keit NRW (+ 19 900 = + 38,5 Prozent) und Niedersachs-
en-Bremen (+ 12 700 = + 41,2 Prozent). Rückgang der
offenen Stellen im Oktober um - 5,9 Prozent (= 35 200)
auf 558 000. Abnahme der Industriebeschäftigten im Au-
gust 1972 zu August 1971 um - 3,5 Prozent. Überpropor-
tionaler Rückgang des Arbeiteranteils: - 4,7 Prozent =
300 000: direkte Auswirkungen der Rationalisierungsmaß-
nahmen.

1.6 Umsatz je Beschäftigten

Die Diskrepanz zwischen Beschäftigten- und Umsatzentwick-
lung hielt im 1. Hj. 1972 unvermindert an, so daß der Umsatz
je Beschäftigten, vor allem wegen des erheblichen Arbeits-
kräfteabbaus in der Industrie, um + 9,4 Prozent im Ver-
gleich zum 1. Hj. 1971 gesteigert werden konnte. Dies ist
um so bemerkenswerter, als der Umsatz zwar um + 5,0 Pro-
zent zunahm, aber gegenüber dem 1. Hj. 1971 (+ 8,6 Prozent
zum 1. Hj. 1970) eine verminderte Zuwachsrate aufwies.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäftigten in 1000 DM
1971, 1. Hj.	8,6	45,7	5,3
1972, 1. Hj.	8,3	48,0	5,8
Veränd. geg. d. Vorj. i. Prozent			
1971, 1. Hj.	+ 1,2	+ 8,6	+ 8,2
1972, 1. Hj.	- 3,5	+ 5,0	+ 9,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1972, S. 582; INFO 4/1971, S. 9)

Der Halbjahresvergleich bestätigt die gerade in Krisen- oder
konjunkturschwachen Zeiten gemachte Erfahrung, daß die
Arbeitsintensität unter dem Druck drohender Entlassungen
zunimmt, obwohl die effektive Arbeitszeit (bezahlte Wochen-
stunden, s. Kzf. 3.6) eingeschränkt wird und ebenso die
Investitionstätigkeit als Produktivitätsmotor.

Daß diese Phase auch im 2. Hj. 1972 anhält, lassen die Ergeb-
nisse in den Sommermonaten vermuten: nach einem Nach-
lassen der Arbeitsintensität im Ferienmonat Juli - dafür
wurde im Juni mit + 10,7 Prozent Zunahme des Umsatzes
je Beschäftigten kräftig „vorgearbeitet“ - zog sie im Au-
gust wieder merklich an. Es ergaben sich von Juni bis Au-
gust 1972 folgende Werte:

	Umsatz je Beschäftigten		Veränd. geg. d. Vorj. i. Prozent	
	In 1000 DM	Beschäftigte	Umsatz	Umsatz je Besch.
Juni	6,2	- 2,4	+ 7,0	+ 10,7
Juli	5,6	- 2,5	- 0,7	+ 1,8
August	5,7	- 2,4	+ 11,5	+ 14,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1972, S. 582; BMWF Monatsbericht
10/72, II, III b; INFO 4/1972, S. 6)

2 Unternehmerrgewinne

2.1 Bruttogewinne

Eine Umfrage der Deutschen Vereinigung für Finanzanalyse und Anlageberatung ergab, daß vor allen anderen Unternehmenszielen die langfristige Gewinnmaximierung den Vorrang hat. (Handelsblatt, 17. 10. 72)

Unter diesen Vorzeichen müssen die statistisch ausgewiesenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen beurteilt werden, die lediglich einen Trend andeuten können, jedoch nichts über die wirkliche Höhe der maximierten Profite aussagen.

Danach stiegen die Bruttoeinkünfte dieser Sparte der Volkseinkommenstatistik im 1. Hj. 1972 um + 7 Prozent.

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	82,2	9,4
2. Hj.	93,9	9,8
1971, 1. Hj.	85,3	3,8
2. Hj.	97,2	3,6
1972, 1. Hj.	91,3	7,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 487)

Nach außen hin entspricht der Steigerungssatz für das 1. Hj. 1972 in etwa dem Orientierungsdatum der Bundesregierung. Doch ist er manipuliert, d. h. im Nachhinein dem Leitsatz angepaßt worden im Unterschied zu den Einkommen aus abhängiger Arbeit, die von vornherein politisch fixiert werden.

Die nachträgliche Manipulation der Unternehmerrgewinne zu Veröffentlichungszwecken ermöglicht das Steuerrecht, wonach Profite auf Aufwand- und Kostenkonten umgebucht werden dürfen. Die Deutsche Bundesbank äußert sich zur unternehmerischen Ertragsentwicklung wie folgt:

„Die günstigen Produktionsbedingungen in den ersten Monaten d. J. und die damit verbundenen Produktionsgewinne, aber auch die anhaltenden Preissteigerungen haben dazu geführt, daß die Erträge der Unternehmen die ‚Talsole‘, die sie in der zweiten Hälfte von 1971 erreicht hatten, verlassen konnten.“

(Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1972, S. 37)

2.2 Nettogewinne

Wie üblich stiegen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auch im 1. Hj. 1972 wesentlich stärker an als die Bruttowerte, nämlich um + 9,6 Prozent im Vergleich zum 1. Hj. 1971. Bei den abhängig Beschäftigten liegt konstant die umgekehrte Sachlage vor: die Bruttolöhne und -gehälter wachsen schneller als die Nettoentgelte.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	65,5	13,3
2. Hj.	75,6	13,4
1971, 1. Hj.	67,2	2,7
2. Hj.	78,2	3,4
1972, 1. Hj.	73,7	9,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 487)

Neben den Möglichkeiten, die das Steuerrecht zur Verringerung der auszuweisenden Profitsumme den Unternehmen einräumt, gestattet es außerdem, selbst diese vor dem Zugriff des Fiskus nicht unerheblich zu schützen. So war es z. B. den Unternehmen erlaubt, die als Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer gezahlten Beträge mit der bestehenden Steuerschuld aufzurechnen, was neben

der Erzielung eines Inflationsgewinns bedeutete, daß ihnen in Höhe von 1,5 Mrd. DM zinslose Staatsdarlehen zur Verfügung gestellt wurden.

Um diese Summe sind die Eigenmittel der Unternehmen (ohne Banken und Wohnungswirtschaft) zusätzlich aufgestockt worden; sie sind insgesamt um + 11 Prozent im 1. Hj. 1972 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen. Die Eigenmittel setzten sich zusammen aus nichtentnommenen Gewinnen, Abschreibungserlösen und Vermögensübertragungen. Ihre Summe belief sich auf 74 Mrd. DM; im 1. Hj. 1971 wurden 67,6 Mrd. DM errechnet. (s. Kzf. 4.1)

Die Selbstfinanzierungsquote (Eigenmittel in Prozent der Bruttoinvestitionen) stieg von 71,2 Prozent im 1. Hj. des Vorjahres auf 77,7 Prozent im 1. Hj. 1972 gemäß den Angaben der Bundesbank. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 10/1972, S. 37 f.)

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Zu Beginn des kommenden Jahres werden für 6 Mio. Arbeiter und Angestellte neue Tarifvereinbarungen fällig. Für die Bereiche der Metallindustrie und des öffentlichen Dienstes laufen zum 31. 12. 1972 die Tarifverträge aus.

Die IG Metall hat die Tarife in der eisenschaffenden Industrie in NRW gekündigt. Sie fordert eine Erhöhung der Tarifstundenlöhne linear für alle Lohngruppen um 60 Pfennige, der Tarifgehälter um 11 Prozent, der Ausbildungsvergütungen um 80 DM bzw. 40 DM. Für die metallverarbeitende Industrie Niedersachsens wurden folgende Forderungen erhoben: Die Tariflöhne sollen für alle Lohngruppen gleichmäßig um 30 Pfennige je Stunde plus 5 Prozent erhöht werden, die Tarifgehälter sollen für alle Gehaltsgruppen um 70 DM plus 5 Prozent, die Vergütungen für Auszubildende sollen in jeder Gruppe um 60 DM steigen. Sicherlich stellen diese Forderungen nicht das optimal zu Realisierende dar. Sie müßten jedoch durchgesetzt werden, um zu verhindern, daß sich der seit dem 2. Hj. 1971 negative Trend der vergleichsweisen Zunahmen der Bruttolohn- und -gehaltsumme im nächsten Jahr fortsetzt. Die einseitige Unterwerfung unter die Verteilungspolitik der Bundesregierung muß beendet werden, weil Preise, Unternehmerprofite sowie Außenhandelsüberschüsse seit jeher über die in den Jahreswirtschaftsberichten der Bundesregierung gesetzten Eckdaten hinausgehen.

Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	166,0	18,0
2. Hj.	187,1	17,4
1971, 1. Hj.	191,1	15,1
2. Hj.	209,1	11,7
1972, 1. Hj.	209,3	9,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 485)

Bruttolohn- und -gehaltsumme (monatlich) je durchschnittlich Beschäftigtem

	In DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	1077	14,5
2. Hj.	1199	14,9
1971, 1. Hj.	1221	13,4
2. Hj.	1325	10,6
1972, 1. Hj.	1337	9,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 486)

Ein Vergleich mit den monatlichen Nettolöhnen und -gehältern je Beschäftigten zeigt, wie aussagelos diese Angaben infolge des fiskalischeren Steuer- und Abgabensystems geworden sind. (s. Kzf. 3.2, 3.3)

Aufgrund der anhaltenden labilen konjunkturellen Lage mit ihrem latenten Druck auf den Beschäftigungsgrad bewegt sich auch die Lohndrift, die Spanne zwischen Effektiv- und Tarifverdiensten, nur ganz schwach in positive Richtung, im 2. Vj. 1972 gab sie sogar wieder um 0,1 Prozent nach.

	Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten Veränd. geg. d. Vorj.	Lohndrift auf Monatsbasis i. Prozent
1971, 1. Vj.	+ 14,8	+ 14,5	- 0,3
2. Vj.	+ 14,9	+ 12,0	+ 2,9
3. Vj.	+ 14,5	+ 11,6	- 2,9
4. Vj.	+ 9,3	+ 9,9	+ 0,6
1972, 1. Vj.	+ 9,2	+ 9,7	+ 0,5
2. Vj.	+ 9,0	+ 9,4	+ 0,4

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1972, S. 69*)

Die darin zum Vorschein kommende Haltung der Unternehmer deutet darauf hin, daß in den bevorstehenden Tarifverhandlungen erneut versucht wird, die Beschäftigungssituation gegen die gewerkschaftlichen Einkommensziele auszuspielen. Wenn schon geraume Zeit vor den Verhandlungen von Unternehmenseite verlautet, die Obergrenze bei Tarifzugeständen liege bei der Produktivitätszuwachsrate, ein Inflationsaufschlag sei indiskutabel, dann läuft diese Position auf einen faktischen Lohnstopp hinaus.

Da die Produktivität ein Datum ist, das sich nur auf die abgelaufene Periode bezieht, zudem die heterogenen Unternehmensstrukturen — die Unterschiede zwischen Monopolen und Grenzbetrieben — verdeckt, schließlich als güterwirtschaftliche Größe die Inflationskomponenten (s. Kzf. 1.1) nicht erfaßt, ist sie für die Lohnfindung unbrauchbar. Der Kapitalfondus aus maximierten Profiten bleibt unberührt, die Verteilung von Einkommen und Vermögen wird immer schleier, bleibt es bei der Produktivität als Bezugsgröße.

Des weiteren führt aufgrund der Progressionswirkung der Lohnsteuer (s. Kzf. 3.2) sowie der durch Staat und Unternehmer hervorgerufenen Inflation (s. Kzf. 1.1, 1.3) selbst eine 12 prozentige Tarifloohnerhöhung, wie sie in der IGM-Metall immer noch diskutiert wird, derzeit zu einer Reallohnsteigerung, die das Vorjahrsergebnis (+ 5,1 Prozent) nicht mehr erreicht.

3.2 Steuern und Abgaben

Die Expansion der Lohnsteuer wird nach Ablauf des Jahres ein Ausmaß angenommen haben, das jeder fiskalischen Rechtfertigung widerspricht. Stattdessen muß von einer zwangsweisen staatlichen Einkommensumverteilung gesprochen werden. Mit der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge ab Januar 1973 um 1 Prozent ergibt sich zusätzlich zur Progressionswirkung der Lohnsteuer eine durchschnittliche Belastung der Bruttolöhne und -gehälter von 22,9 auf 24,8 Prozent.

Die Lohnsteuerlastquote wird 1973 auf über 13 Prozent ansteigen gegenüber ca. 12 Prozent im Jahre 1971. (Angaben nach ifo Schnelldienst 42/1972, S. 1)

Bruttolöhne und -gehälter sind angesichts des Steuer- und Abgabendrucks als Indikatoren der Einkommensentwicklung und -verteilung vollkommen außer Kraft gesetzt.

Die „zweite“ Einkommensumverteilung, die durch den Staat, hat zum Resultat, daß die Lohnsteuer bald ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen von Bund und Ländern erbringt. Im 1. Hj. betrug ihr Aufkommen 22,1 Mrd. DM, das waren ca. 27 Prozent des globalen Steueraufkommens. Veranlagte Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer erbrachten zusammen nur 15,7 Mrd. DM = 19 Prozent. Die Steuern vom Umsatz übertrafen die Gewinn- und Vermögensteuer sogar noch mit 16,7 Mrd. DM = 20 Prozent der Gesamteinnahmen, d. h. die Arbeiterklasse finanzierte zum überwiegenden Teil zusätzlich auf indirektem Wege die öffentlichen Haushalte, während die Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen (s. Kzf. 2.2, 4.1.) vom Staat praktisch geschützt wird.

Einnahmen 1. Hj. 1972 aus Massensteuern

	In Mrd. DM	Veränd. geg. Vorj. in %
Lohnsteuer	22,1	+ 17,2
Steuern vom Umsatz	16,7	+ 10,7
Mineralölsteuer	6,2	+ 13,1
Tabaksteuer	3,2	+ 8,8
Branntweinmonopol	1,7	+ 40,1

Einnahmen 1. Hj. 1972 aus Gewinn und Vermögensteuern

	In Mrd. DM	Veränd. geg. Vorj. in %
Veranlagte Einkommensteuer	10,6	+ 20,5
Körperschaftsteuer	3,6	+ 7,6
Vermögensteuer	1,5	- 5,2

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 21. 7. 72)

Daß die Lohnsteuer und die Steuer vom Umsatz bald allein 50 Prozent des gesamten Steueraufkommens der BRD ausmachen, dürfte in absehbarer Zeit eintreten: Von den Steuereinnahmen des Bundes und der Länder um insgesamt 25,1 Mrd. DM im Juli und August d. J. trugen die Lohnsteuer 8,1 Mrd. = 32,2 Prozent, die Steuern vom Umsatz 3,7 Mrd. = 14,6 Prozent bei. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1972, S. 56*)

Angesichts dieses rigorosen staatlichen Zugriffs auf die Einkommen der Arbeiterklasse kann nur noch die Forderung erhoben werden, das gesamte Steuersystem umzukehren und die scharfe Progression auf die Unternehmerprofite einschließlich der nichtentnommenen Gewinne anzuwenden.

1973 wird die durchschnittliche Belastung der Bruttolöhne und -gehälter durch Lohnsteuer und SV-Abgaben auf 24,8 Prozent steigen. Die Lohnsteuerlastquote dürfte dann die 13-Prozent-Grenze überschritten haben. Im 1. Hj. 1972 trugen die Lohnsteuer bereits 27 Prozent des Gesamtaufkommens von Bund und Ländern, die Steuern vom Umsatz 20 Prozent bei. Im Juli und August erhöhte sich der Anteil der Lohnsteuer auf 32,2 Prozent. Unternehmer- und Vermögensteuern erbrachten im 1. Hj. 1972 lediglich 19 Prozent aller Steuereinnahmen. Dieses Verhältnis erfüllt den Tatbestand einer „zweiten“ Einkommensumverteilung durch den Staat zu Lasten der Arbeiterklasse.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Da die Unternehmer in Stagnationsphasen darauf bedacht sind, ihre Lohnfonds so gering wie möglich zu halten, besonders die Monopole dadurch ihre finanzielle Manövrierkraft zu einer später noch heftigeren Expansion ihrer Kapitalanlagen aufstocken wollen, entscheiden sie sich im Widerspruch zwischen mangelnder Kaufkraft und relativ hohen liquiden Eigenmitteln für das letztere.

Daher ist die Nettolohn- und -gehaltssumme seit dem 2. Hj. 1970 rückläufig. Die leichte Steigerung um + 0,5 Prozent im 1. Hj. 1972 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erfolgte durch die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags.

Nettolohn- und -gehaltssumme

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. Prozent
1970, 1. Hj.	114,0	15,3
2. Hj.	123,2	14,3
1971, 1. Hj.	126,6	11,1
2. Hj.	135,4	9,9
1972, 1. Hj.	140,0	10,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 485)

Die monatlichen Nettolöhne und -gehälter je durchschnittlich abhängig Beschäftigtem folgten dem gleichen Trend unter Beachtung des rückertatteten Konjunkturzuschlags.

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten

	monatlich in DM	Zunahme geg. d. Vorj. I. Prozent
1970, 1. Hj.	854	12,4
2. Hj.	907	11,9
1971, 1. Hj.	938	9,8
2. Hj.	995	9,6
1972, 1. Hj.	1042	11,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 486)

So wie die Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten kein Indikator mehr sein können für die Einkommensverteilung und -entwicklung, so sind auch die Nettolöhne und -gehälter kein Gradmesser mehr für Kaufkraft und Lebensstandard der Arbeiterklasse. Dies erhält die inflatorische Preisbewegung; die Realeinkommen liegen schon zur Hälfte unter der Zuwachsrate der Nettoentgelte. (s. Kzf. 3.4, 3.5)

3.4 Preise

An der Preisfront wurden im September/Oktober 1972 weitere Rekordziffern gemeldet.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich der Preisindex für die private Lebenshaltung aller Haushalte im Oktober gegenüber dem Vorjahrsmonat um + 6,4 Prozent, nachdem im September schon + 6,2 Prozent erreicht wurden.

Die Preissteigerungswelle erfaßte inzwischen alle Stufen des Wirtschaftslebens: Produktion, Handel, Verbrauch, wobei in keiner Sparte Zurückhaltung bei der Preisfestsetzung geübt wurde.

Preisentwicklung bis September 1972

(1962 = 100; alle Haushalte)

	Lebenshaltungskostenlosig.	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennst.	Kraftfahrzeuge, Fahrr.	Fremde Verkehrsleistg.
1970	124,0	163,4	127,4	107,3	125,9
1971	130,4	173,1	135,5	113,6	133,8
1971, Juli	130,9	173,7	134,3	113,2	135,9
August	130,8	174,4	134,3	113,2	136,8
Sept.	131,4	175,1	136,3	114,6	137,1
Oktober	132,0	176,5	137,3	114,8	137,2
1972, Juli	138,2	183,1	141,8	119,1	142,4
August	138,2	184,1	143,0	119,1	142,5
Sept.	139,6	185,2	144,7	119,7	142,7
Oktober	140,4				

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1972, S. 615*, 617*; Handelsblatt, 10./11. 72)

Zwischen September 1971 und September 1972 stieg der Preisindex

- der Lebenshaltung insgesamt um + 6,2 Punkte
- der Wohnungsmieten um + 5,8 Punkte
- von Elektrizität, Gas, Brennstoffen um + 6,2 Punkte
- von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um + 4,5 Punkte
- für fremde Verkehrsleistungen um + 4,1 Punkte

Das Anziehen der Preisschraube im Oktober d. J. gegenüber September um + 0,2 Prozent ist die Auswirkung von unvermindert nach oben gerichteten Bewegungen in den Sektoren Produktion und Handel.

So wurden die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte zwischen September 1971 und September 1972 erneut um + 12,8 Prozent, die der industriellen Produkte um + 3,5 Prozent, die Preise für Wohngebäude (August 1972/August 1971) um + 6 Prozent und die Einzelhandelspreise um + 5,2 Prozent angehoben. (Wirtschaft u. Statistik, 10/1972, S. 607*, 612*, 614*, jeweils ohne Umsatzsteuer)

Wie seit den Sommermonaten, so übertrafen im September die Steigerungsraten für Nahrungs- und Genußmittel die der

Lebenshaltung insgesamt beträchtlich: ihr Index erhöhte sich im Vorjahresvergleich um + 7,5 Prozent.

Von der Teuerungswelle in diesem Bereich wurden besonders erfaßt:

- Kartoffeln + 38,2 Prozent
- Frischobst + 19,3 Prozent
- Fleisch + 14,0 Prozent

Die verschiedenen Haushaltstypen werden recht unterschiedlich von dem Geldwertschwund betroffen.

So errechnete das Statistische Bundesamt im Oktober eine Verteuerung der Lebenshaltung für den

- Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt um + 6,5 Prozent
- Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen um + 5,9 Prozent
- Zwei-Personen-Haushalt von Rentnern und Sozialhilfeempfängern um + 7,0 Prozent

Der Grund liegt in dem differierenden Anteil der Nahrungsmittel an dem verfügbaren Haushaltsgeld.

Gerade angesichts der Preisspirale für Nahrungsmittel wird die Haltlosigkeit des Arguments, wonach die Löhne die Preise treiben, offenkundig; denn zum einen handelt es sich um staatlich reglementierte politische Preise, die zum anderen auf EWG-Ebene festgelegt werden.

Da im übrigen die internationale monopolistische Verflechtung auch in den Industriesparten voranschreitet, dürfte das Steigen des EWG-Preisniveaus ebenfalls auf zentrale Profitmaximierungsstrategien zurückzuführen sein. Deren Anonymität begünstigt die gewerkschaftsfeindliche Kampagne der Unternehmerverbände und der Regierung, die nationale Lohnpolitik für die EWG-Kartellpraktiken verantwortlich zu machen.

Daß es sich beim Preisauftrieb weitgehend um das Resultat von Kartellabsprachen handelt, wird indirekt vom Bundeskartellamt von Mal zu Mal bestätigt. So im Falle der süddeutschen Zementindustrie, der Brauereien, der Mineralölindustrie. Die regionalen Bierpreiserhöhungen (NRW) um ca. 10 DM je Hektoliter und des Mineralöls (süddeutscher Raum) ab 6. 11. 72 zwischen 30 und 40 Pfennigen je 100 Liter sind dafür die neuesten Beispiele.

Daneben verhindern kartellartige Preisbindungen und -empfehlungen einen Rückgang der Preise auch bei Kosteneinsparungen.

	Preisbindungen	Preisempfehlungen
1958	168 808	
1965	172 911	69 790
1970	171 766	297 395
1971	164 953	330 612

(Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1971, S. 48).

Preisindex für die Lebenshaltung (alle Haushalte) Oktober 1972/Oktober 1971 + 6,4 Prozent; Nahrungs- und Genußmittel September 1972/September 1971 + 7,5 Prozent, darunter Kartoffeln + 38,2, Frischobst + 19,3, Fleisch + 13,8 Prozent. Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte September 1972/September 1971 + 12,7, industrieller Produkte + 3,5, Preise für Wohngebäude (August) + 6,4, Einzelhandelspreise + 5,1 Prozent. Das Preisniveau wird durch Kartellabsprachen hochgeschleust, im Nahrungsmittelbereich durch den Staat auf EWG-Ebene. Preisbindungen 1971 164 953, Preisempfehlungen 1971 330 612.

3.5 Realeinkommensentwicklung

Geben Bruttolöhne und -gehälter keinerlei Anhaltspunkte mehr für den Anteil der abhängig Beschäftigten am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs, da die „zweite“ Umverteilung — Steuern und Abgaben — im Durchschnitt rund ein

Viertel der Entgelte reduzieren, fallen aufgrund der Inflation Nettolöhne und -gehälter als Maßstab für die Massenkaufrkraft aus.

Nur Einkommensteigerungen, die effektiv die Preissteigerungsraten um mindestens zwei Drittel übersteigen, können den Lebensstandard der Arbeiterklasse aufrechterhalten.

Anhebungen der Bruttoentgelte um lediglich + 8 Prozent reduzieren sie aufgrund des Steuer- und Abgabendrucks schon soweit, daß die inflationären Preise den Zuwachs vollends absorbieren: das Realeinkommen sinkt unter Umständen erheblich ab, wie nachstehende Übersicht zeigt:

Monatlich-Bruttoentgelte in DM	Erhöhung um 8 Prozent	Effektive Auswirkung der monatlichen Einkommensteigerung bei einer Geldentwertung nach Steuer- und SV-Abzügen von			
		5 Prozent für Ledige in DM	6 Prozent in DM	5 Prozent für Verh. mit 2 Kind. in DM	6 Prozent in DM
1000	80	+ 6,43	- 0,35	+ 5,83	- 1,73
1500	120	- 3,55	- 12,91	+ 12,21	+ 1,51
2000	160	- 2,67	- 14,30	+ 13,12	- 0,64
2500	200	- 7,18	- 21,33	+ 10,28	- 6,82
3000	240	- 5,13	- 21,83	- 5,40	- 25,64
5000	400	+ 2,54	- 23,40	+ 9,95	- 21,67

(Quelle: Institut Finanzen und Steuern, S. 13, Brief 130)

In ähnlicher Weise verringert die Geldentwertung die jährlichen Rentenanpassungsraten:

Jahr	Rentenanpassung in % für Ledige	Steigerung des Preisindex der Lebenshaltung für Rentner 1. % geg. d. Vorj.
1970	6,4	3,8 (Durchschnitt)
1971	5,5	5,1 (Durchschnitt)
bis 30. 6. 72	6,3	5,3 (April)
ab 1. 7. 72	9,5	6,8 (September)

(Quelle: Institut Finanzen und Steuern, S. 13, Brief 130).

Bei allen diesen Berechnungen ist zu bedenken, daß der Preisindex für die Lebenshaltung die wirkliche Belastung der Durchschnittseinkommen nicht wiedergibt: die Gewichtung der einzelnen Güter und Dienstleistungen entspricht nicht dem tatsächlichen Verbrauch.

So spielen bei dem statistischen 2,7-Personen-Durchschnittshaushalt die Nahrungs- und Genussmittel mit fast 40 Prozent der monatlichen Verbrauchsausgaben eine starke Rolle; gerade diese Güter stiegen aber im September 1972 gegenüber September 1971 um + 7,5 Prozent überproportional an. Rentnerhaushalte benötigen fast 53 Prozent ihrer Bezüge für Nahrungs- und Genussmittel, somit verringerte deren Preisanstieg ihre Realeinkommen noch drastischer.

Wohnungsmieten schlugen beim Durchschnittshaushalt mit 11 Prozent der Verbrauchsausgaben zu Buche; sie erhöhten sich im September um + 5,8 Prozent.

Für Brief-, Paket- und Überweisungsporto mußte der Durchschnittshaushalt im August d. J. sogar + 46 Prozent mehr als vor einem Jahr bezahlen. (Handelsblatt, 18. 10. 72)

3.6 Arbeitszeit

Bezahlte Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriebeschäftigten

	männlich	weiblich	Insg.
1970	44,8	40,7	44,0
1971	43,9	40,5	43,2
1971, Juli	44,2	40,4	43,4
1971, Oktober	44,2	40,6	43,5
1972, April	43,8	40,4	43,1
1972, Juli			43,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 8/1972, S. 491; 10/1972, S. 552)

Nachdem sich von Juli bis Oktober 1971 die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriebeschäftigten insgesamt um 0,1 Stunden von 43,4 auf 43,5 bezahlten Wochenstunden erhöhte, ging sie bis April 1972 erheblich zurück: um - 0,4 auf 43,1; Arbeiter - 0,4, Arbeiterinnen - 0,2 Stunden.

Daß sie im Juli d. J. noch immer auf diesem Stand verharrte, war Niederschlag der wirtschaftlichen Stokung. Mit der Einschränkung der effektiven Arbeitszeit verband sich unmittelbar eine Einkommensminderung, was die Reallöhne im 1. Hj. 1972 negativ beeinflusst haben dürfte.

3.7 Altersrenten

Das als „Reform“ bezeichnete Rentengesetz vom September 1972 beruht in keinem Punkt die Anliegen der Arbeiter und Angestellten, nämlich eine nach den Vorstellungen des DGB garantierte Rente in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsentgelts.

Das Rentengesetz beseitigt keineswegs das Mißverhältnis zwischen laufend zu zahlenden Beiträgen und späterer Rentenhöhe.

Diese Tatbestände ergeben sich aus folgender Übersicht (s. a. INFO 3/72, S. 9):

Entwicklung des Rentenniveaus

Monatlich-Nettoarbeitsentgelt in DM	Altersruhegeld nach 40 Versicherungsj. in DM	monatlich nach 40	Rente 1. % des Nettoarbeitsentgelts nach 40	
			nach 40	nach 40
1957	361,0	214,1	262,3	72,6
1960	428,1	240,6	294,8	68,9
1963	536,5	283,9	347,8	64,8
1966	675,2	363,8	445,6	66,0
1969	780,4	450,6	552,0	70,7
1972	1 016,6	566,7	694,2	68,3
1975	1 209,6	738,8	905,0	74,8

(Quelle: Sozialbericht 1972, S. 10).

Die Rentenhöhe muß indes in Beziehung zum Beitragssatz gesehen werden. Er stieg von 1950 bis 1973 von 10 auf 18 Prozent Abzüge vom Bruttoeinkommen.

Unterstellt man im günstigsten Falle einen viel langsameren Anstieg der SV-Abgaben im Laufe künftiger Dekaden, dann würde selbst eine merklich höhere durchschnittliche Altersrente (etwa 1000 DM) den angesammelten Kapitalstock (Beiträge plus Zinsen und Zinseszinsen) nur bei einer bedeutend angestiegenen Lebenserwartung des Rentenempfängers kompensieren.

Aus der Schere zwischen Kapitalfundus aus Beiträgen und den ausgezahlten Renten resultiert das wachsende Vermögen der Sozialversicherungsträger.

Bar- und Anlagevermögen der Rentenversicherungen (in Mrd. DM)

	der Arbeiter Bestand	Veränd. geg. d. Vorj.	der Angestellten Bestand	Veränd. geg. d. Vorj.
1956	6,5	+ 1,3	3,1	+ 0,5
1960	9,5	+ 0,9	4,7	+ 0,6
1964	15,8	+ 1,7	8,4	+ 0,3
1968	10,6	- 2,2	12,5	+ 0,5
1971	11,6	+ 1,5	20,0	+ 4,1

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 5/72, S. 144).

Im Interesse der abhängig Beschäftigten liegen demgegenüber Rentenanhebungen, die ihnen eine relative Beibehaltung ihres während des Arbeitslebens geschaffenen Lebensstandards sichern, nicht aber eine Rentenbemessung, welche die Sozialversicherungsträger zu Kapitalsammelstellen wie die Privatbanken und -versicherungen auswachsen läßt.

Hierfür ist ein forciert Mittelereinsatz des Staates erforderlich, sollen die SV-Abzüge nicht die Arbeitsentgelte noch stärker verringern und somit die Massenkaufrkraft mehr und mehr einengen.

Feststellen muß man jedoch eine umgekehrte Entwicklung: sinkender Anteil des Staates an der Rentenversicherung der Abhängigen bei steigendem der privaten Haushalte.

Finanzierung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (Anteile in Prozent)

	Arbeiter		Angestellte	
	1965	1972	1965	1972
Beiträge der Versicherten Öffentliche Mittel	35,3	37,4	35,6	40,7
	24,6	20,2	11,2	7,3

(Quelle: Sozialbericht 1972, S. 224, 228).

Die oben angegebenen prozentualen Werte des Rentenniveaus nach 40 und 49 Versicherungsjahren beziehen sich auf Renten, die aus dem Durchschnittsarbeitsentgelt aller Arbeiter und Angestellten errechnet wurden. Die wirklich gezahlte Durchschnittsrente liegt insbesondere bei Arbeitern bis zu 50 Prozent darunter, wie die Entwicklung von 1950 bis 1971 aufweist:

Durchschnittlicher Monatsbetrag der Versichertenrenten (in DM)

	Arbeiter	Angestellte
1950	60,5	22,9
1955	89,7	137,2
1960	159,7	258,3
1965	215,4	353,5
1970	312,6	520,4
1971	327,5	543,6

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 5/72, S. 174).

Die effektiven Einkommen — vor allem der Arbeiter — sind weit entfernt von der Beitragsbemessungsgrenze von 1900 DM pro Monat, bezogen auf 1971. In absehbarer Zeit können die Löhne auch nicht in diese Größenordnung hineinwachsen.

Es wird davon gesprochen, daß das neue Rentengesetz unausgesprochen eine Vollbeschäftigungsgarantie des Staates enthält, da nur die Vollbeschäftigung die Finanzierung des Rentensystems in der geplanten Form ermöglichen würde.

Solange aber ausschließlich die Gewinn- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen, bleibt die Garantie ein leeres Postulat. Bei einem konjunkturellen Einbruch — und immerhin herrscht in diesen Monaten noch Stagnation — ist eine weitere Heraufsetzung des SV-Beiträge unausweichlich, solange das bestehende Finanzierungsprinzip beibehalten wird. Die Diskrepanz zwischen Beitragssumme und Rentenhöhe erföhre dann eine weitere Verschärfung.

Das Rentengesetz vom September 1972 geht am Kern der Rentensituation vorbei. Er liegt im Mißverhältnis zwischen SV-Beiträgen und Rentenhöhe. Erstere werden kapitalisiert und würden nur dann durch die spätere Rente kompensiert werden, wenn die Lebenserwartung der Versicherten erheblich steigen würde. So kommt es aber zur wachsenden Vermögensbildung der Rentenversicherungsträger: Arbeiterversicherung 1956 6,5 Md., 1971 11,6 Mrd. DM; Angestelltenversicherung 3,1 bzw. 20 Mrd. DM. Sinkender Anteil des Staates an der Rentenversicherung: für Arbeiter 1965: 20,7, 1972: 20,2 Prozent; für Angestellte 11,1 bzw. 7,3 Prozent. Bis 1975 wird sich das Altersrentenniveau im Durchschnitt sowohl nach 40 als auch nach 49 Versicherungsjahren nicht wesentlich gegenüber 1957 erhöht haben. Gemessen am Nettoarbeitsentgelt ergäbe sich 1972 eine Rente von 567 DM (nach 40 J.), von 694 DM (nach 49 J.). Doch selbst davon weichen die tatsächlich gezahlten Renten ab: 1971: 327,5 DM für Arbeiter, 543,6 DM für Angestellte.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Unter den gleichzeitig wirkenden Bedingungen des unternehmerischen Lohnendrucks, der progressiv wirkenden Lohnsteuer, den steigenden Sozialbeiträgen sowie des inflatio-

nären Preisauftriebs gerät die Einkommensverteilung für die Arbeiterklasse zur Einkommenszumessung.

Den überwiegenden Anteil am volkswirtschaftlichen Ertrag nehmen mit Hilfe der öffentlichen Hand die Unternehmer für sich in Anspruch. Er ist die Quelle einer permanenten Vermögenskonzentration ungeheuren Ausmaßes in den Händen der Produktionsmittel- wie Grund- und Bodeneigentümer.

Die Veränderung der Nettolohn- und -gehaltquote gibt darüber Aufschluß, daß trotz Zunahme der Zahl abhängig Beschäftigter, d. h. Abnahme der sog. Selbständigen, der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten am Volkseinkommen global eingefroren bis gedrückt wird.

	NSP zu Marktpreisen	Nettolohn- u. -gehaltsumme	% -Anteil der Nettolohn- u. -gehaltsumme am NSP
1970, 1. Hj.	286,9	114,0	39,7
	323,9	123,2	38,0
1971, 1. Hj.	320,8	126,6	39,5
	352,9	135,4	38,4
1972, 1. Hj.	349,6	140,0	40,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 479, 485)

Der relative Sprung der Lohn- und -gehaltquote im 1. Hj. 1972 ist Folge der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags, ansonsten ergibt sich eine leicht abfallende Tendenz.

Unternehmen und Staat konnten auf der anderen Seite Finanzmittel in nachstehender Größenordnung auf ihren Konten verbuchen, die als eigene Finanzierungsmittel fungieren, nachdem die Privatentnahmen von den Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abgezogen wurden.

Unternehmen (ohne Banken und Wohnungswirtschaft)

	Nichtentnommene Gewinne	Vermögensübertrag.	Abschreibungen	Eigene Finanzierungsmittel lugs.
1970, 1. Hj.	25,5	6,9	34,3	66,7
	4,1	10,1	36,8	51,0
1971, 1. Hj.	20,5	7,7	39,4	67,6
	1,1	11,3	41,4	53,8
1972, 1. Hj.	20,5	10,3	43,3	74,1

Staat

	Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben (in Mrd. DM)	
1970, 1. Hj.		16,0
		24,2
1971, 1. Hj.		19,9
		22,0
1972, 1. Hj.		13,0

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1972, S. 38, 43)

Die allmähliche Zunahme der Finanzmassen in den Unternehmen ist offensichtlich. Hieraus resultiert dann auch eine gleichbleibend hohe Selbstfinanzierungsquote, die vom 1. Hj. 1971 über das 2. Hj. 1971 bis zum 1. Hj. 1972 71,2, 71,3 und 77,7 Prozent betrug.

Die Privatentnahmen der sog. Selbständigen und die Einkommen aus Vermögen umfaßten (in Mrd. DM):

1970, 1. Hj.	37,3
	67,6
1971, 1. Hj.	43,5
	73,1
1972, 1. Hj.	50,7

(Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1972, S. 38)

Bei diesen Übersichten ist zu beachten, daß fast 22,5 Mio. abhängig Beschäftigten nur 2,8 Mio. sog. Selbständige einschließlich Aktiengesellschaften gegenüberstehen und zu berücksichtigen, daß ein Großteil der Selbständigen nicht mehr, oft sogar weniger verdient als abhängig Beschäftigte.

4.2 Vermögensverteilung

Solange in der BRD die starke Vermögenskonzentration in wenigen Händen bestehen bleibt, solange wird seitens des Sachwertbesitzes das Interesse an einer inflationären Wirtschaftspolitik vorherrschen.

Sie ist zum Instrument der Vermögenszusammenballung, insbesondere des Nettoanlagevermögens, in der BRD geworden. Das Statistische Bundesamt bezifferte letzteres auf 2 Billionen DM; einschließlich des Grundbesitzes umfaßt der Sachwert 2,5 Billionen DM.

Eine jährlich nur 5prozentige Inflationsrate steigert diesen Wert um 125 Mrd. DM, das sind fast die Hälfte der Netto-lohn- und -gehaltsumme von 1971. Jede zusätzliche Investition vergrößert den Sachwertbesitz, so daß die Geldentwertung diesen immensen Wert noch überproportional vermehrt. (Angaben nach dem Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1971, S. 28)

Da über diese Globaldaten hinaus eine differenzierte öffentliche Vermögensstatistik politisch vereitelt wird, bleiben die Untersuchungen von Prof. Krelle und seinen Mitarbeitern die einzigen verlässlichen Übersichten über die Vermögensstruktur in der BRD.

Die 1966 gemachten Erhebungen wurden 1971 erneut bestätigt, wobei sich noch eine schärfere Konzentration des Gesamtvermögens herausstellte. Der Kern dabei ist, daß 1,7 Prozent der privaten Haushalte in der BRD über Eigentum in folgenden Bereichen verfügt:

	1. % d. landw. i. % d. Grund-	1. % d. Geld-	1. % d. Eigen-	1. % d. Gesamt-
	verm.	verm.	tums an ge-	ver-
			werbli. Unter-	mögens
			nehm.-	
1960	10,7	16,0	20,3	35,1
1966	9,4	14,4	20,2	31,1

Demgegenüber besaßen bis zum Untersuchungszeitraum

— rd. 70 Prozent aller Arbeiterhaushalte weniger als 3250 DM Sparguthaben,
— rd. 90 Prozent weniger als 380 DM Wertpapiere.

Andererseits kamen auf

— 1 Prozent aller Haushalte ca. zwei Drittel des Wertpapiervermögens,
— 6 Prozent aller Haushalte das gesamte Aktienvermögen der nicht dem Bund gehörenden Gesellschaften,
— 4 Prozent aller Vermögensteuerepflichtigen (11 341 Steuerpflichtige = 0,053 Prozent aller Haushalte) 40,7 Prozent des steuerpflichtigen Betriebsvermögens. (Angaben nach Wirtschaftswoche, 39/1972, S. 73, 75)

Die horrende Vermögenskonzentration in wenigen Händen wird durch eine Reihe von Untersuchungen, die in letzter Zeit veröffentlicht wurden, mit dem Hinweis zu bagatellisieren versucht, daß zum einen zwischen staatlichen und privaten Anlageformen unterschieden wird, zum anderen die Vermögen der Sozialversicherungsträger als Sparvolumen der abhängig Beschäftigten behandelt werden.

In bezug auf die ausschlaggebende gesellschaftspolitische Funktion des Produktivvermögens sind solche statistischen Manipulationen gegenstandslos. Produktivkapital unter privatrechtlichen Vorzeichen bewirkt immer die Ausbeutung fremder Arbeitskraft zum Zwecke der Profiterzielung, und die aus den Fonds der Sozialversicherungen zu zahlenden personalen Renten können schon aufgrund ihrer Höhe dieses Abhängigkeitsverhältnis nicht aufheben: sie sind lediglich konsumtiv bestimmt, eine Vermögensbildung kraft Sparen bleibt ausgeschlossen.

4.3 Staatliche Umverteilung

Unter dem Druck der Inflation geht die öffentliche Hand, vor allem die Bundesregierung, dazu über, durch Ausgabenkürzungen, Stilllegung von Steuereinnahmen und gegebenenfalls Steuererhöhungen die Geldentwertung zu bremsen. Generell ist für den kommenden Haushaltsplan des Bundes

vorgesehen, sein Volumen maximal dem voraussichtlichen Anstieg des BSP in jeweiligen Preisen anzupassen, die Ausgaben also an der prognostizierten Produktivität zu orientieren.

Würde die Bundesregierung eine solche Entscheidung fällen, dann würde sie einmal mehr die staatliche Haushalts- und Wirtschaftspolitik dem Regiment der von Monopolen und Konzernen gelenkten Forderungen des Unternehmerlagers ausliefern: ihre Entscheidungen bestimmen nämlich letztlich die globale Entwicklung des Produktionsergebnisses. Diese Entscheidungen wiederum sind von der Profitlage der 100 größten Unternehmen in der BRD abhängig.

Einziges Kriterium einer der Mehrheit der Bevölkerung verpflichteten Haushaltspolitik müßte stattdessen sein, einen Ausgleich für die enorme steuerliche Belastung der Abhängigeneinkommen herbeizuführen. Wenn Reformen einen Sinn haben sollen, dann nur den, daß die Sozialinvestitionen im Wohnungsbau, im Bildungssektor (vor allem in den Bereichen Grund-, Berufsschule und Erwachsenenbildung), im Gesundheitswesen und in bezug auf die Förderung von Jugend, Familie und Sport kontinuierlich heraufgesetzt werden.

Einsparungen an anderer Stelle sind möglich und notwendig bei der politisch nicht mehr gerechtfertigten Rüstung und bei den offenen sowie versteckten Subventionen.

Subventionen kommen denjenigen zugute, die über fremde Arbeitskraft verfügen können. Die Wirtschaftsverbände sorgen im übrigen dafür, daß der Subventionsstrom größtenteils in die Kassen fließt, die ohnehin als großkapitalistisch bezeichnet werden können.

Als direkte Subventionen sind die sog. Finanzhilfen, als indirekte Steuervergünstigungen. Lohn- und Gehaltsempfänger fallen nicht unter die Begünstigten, da sie keine manipulierbaren Absatzmöglichkeiten nach Erhalt ihrer Arbeitsentgelte entsprechend dem Einkommensteuerrecht zur Hand haben.

Daß es sich bei den Subventionen insgesamt um mindestens ein Fünftel des gegenwärtigen Bundeshaushaltes handelt, geht aus nachstehenden Übersichten hervor:

Finanzhilfen des Bundes 1967—1972*

	1967	1968	1969	(in Mrd. DM 1970)	1971	1972**
	6,7	8,4	8,4	10,9	11,8	10,5

* nach der Erfassungswise des zweiten Subventionsberichts der Bundesregierung
** Regierungsentwurf ohne Eventualhaushalt

Steuerausfälle durch Steuervergünstigungen 1967—1972

	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Alle Gebietskörperschaften	11,7	13,8	15,9	18,6	21,3	22,7
darunter Bund	4,7	6,6	7,2	8,9	10,2	10,8

(Angaben nach: Die Zeit, 6. 10. 72, S. 38)

An diesen Zahlen zeigt sich nur ein Teil der staatlichen Umverteilung auf Kosten der Lohn- und Gehaltsbezieher.

Ein anderer läuft über die Rüstung, da die aus ihr fließenden Milliardenaufträge konjunkturunempfindliche Maximalprofite gewährleisten.

Schließlich sorgt der Bund mit seiner derzeitigen Haushaltspraxis gemeinsam mit den einflußreichsten Großunternehmen für einen permanenten Geldwertschwund, der zur Steigerung des Sachwertbesitzes — Produktionsanlagen, Grund und Boden — führt.

In allen diesen Umverteilungsmechanismen liegt die Ursache der Instabilität. Die Abhängigen sind deren Opfer, da sie an den Entscheidungen über die Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages nicht teilhaben.

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttosozialprodukt in				
	a) jeweiligen Preisen	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 9,1	1.1
	b) Preisen von 1962	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 2,2	1.1
2	Industrieproduktion				
	a) Index (1962 = 100)	September 1972		168	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	September 1972	%	+ 3,7	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt				
	a) gegenüber dem Vorjahr	August 1972	%	+ 11,5	1.2
	b) gegenüber dem Vormonat	August 1972	%	+ 0,9	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie				
	a) gegenüber dem Vorjahr	August 1972	%	+ 16,4	1.2
	b) gegenüber dem Vormonat	August 1972	%	— 1,5	1.2
5	Auftragseingang der Industrie				
	a) gegenüber dem Vorjahr	September 1972	%	+ 5,6	1.2
	b) gegenüber dem Vormonat	September 1972	%	+ 13,0	1.2
6	Exportüberschuß				
	a) absolut	Januar—Sept. 1972	Mrd. DM	13,0	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	Januar—Sept. 1972	Mrd. DM	+ 1,4	1.3
7	Bruttoanlageinvestitionen in der verarbeitenden Industrie				
		1972/1971	%	— 4	1.4
8	Beschäftigte in der Industrie				
	a) absolut	August 1972	Mio.	8,3	1.5
	a) gegenüber dem Vorjahr	August 1972	%	— 3,5	1.5
		Oktober 1972	Tsd.	215	1.5
9	Arbeitslose				
10	Industrieumsatz je Beschäftigten				
	a) absolut	1. Hj. 1972	DM	5800	1.6
	a) gegenüber dem Vorjahr	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 9,4	1.6
11	Veränderung der Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten				
	a) insgesamt	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 9,5	3.1
	b) je Beschäftigten	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 9,5	3.1
12	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern (Lohndrift)				
		2. Vj. 1972	%	+ 0,4	3.1
13	Lohnsteuer				
		1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 17,2	3.2
14	Körperschaftsteuer				
		1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 7,6	3.2
15	Veranlagte Einkommensteuer				
		1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 20,5	3.2
16	Steuern vom Umsatz				
		1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 10,7	3.2
17	Nettolohn- und -gehaltsumme				
	a) insgesamt	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 10,6	3.2
	b) je Beschäftigten	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 11,1	3.2
18	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)				
	a) Index (1962 = 100)	Okt. 1972/Okt. 1971	Pkt.	+ 8,4	3.4
	a) gegenüber dem Vorjahr	Okt. 1972/Okt. 1971	%	+ 6,4	3.4
19	Kaufkraftsteigerung der durchschnittlichen Monatsnettolöhne und -gehälter aufgrund des Lebenshaltungskostenindex (INFO 3/72)				
		1971/1970	%	+ 5,1	3.5
20	Durchschnittl. Wochenarbeitszeit in der Industrie				
		Juli 1972	Std.	43,0	3.6
21	Durchschnittsrenten der				
	a) Arbeiter	1971	DM	327,5	3.7
	b) Angestellten	1971	DM	543,6	3.7
22	Selbstfinanzierungsquote				
		1. Hj. 1972	%	77,7	4.1
23	Abschreibungen insgesamt				
		1. Hj. 1972	Mrd. DM	43,3	4.1
24	Nichtentnommene Gewinne				
		1. Hj. 1972	Mrd. DM	20,5	4.1

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßzahl, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtzeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 132,2% und

1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird.
Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.
Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „*“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.